

Nagelprobe für das Selbstverständnis des Landtags

Landtag Die erste Arbeitssitzung in diesem Jahr wird von den Diskussionen über die neue Geschäftsordnung und der Gesetzesinitiative zur Stärkung des Informationsrechts des Parlaments geprägt sein. Spannend wird es auch bei der Debatte über die Schulbautenstrategie.

Die Abgeordneten werden sich heute vor allem mit sich selbst befassen. Sowohl bei der Diskussion über die Anpassung der Geschäftsordnung des Landtags als auch bei der Initiative zur Stärkung des Informationsrechts der Abgeordneten geht es um das Selbstverständnis der Volksvertretung und ihr Verhältnis zur Regierung. Diese Auseinandersetzung ist nicht neu, sondern wird fast in jeder Legislaturperiode geführt.

Das wichtigste Geschäft für die Zukunft wird die Schulbautenstrategie sein, welche die Regierung dem Landtag zur Entscheidung vorlegt. Dabei wird das Parlament die Weichen für die nächsten Jahrzehnte stellen. Nebst diesen drei Traktanden stehen neben zwei Interpellationen, einer Motion und einem Postulat keine gewichtigen Entscheide an.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

WWW.
Verfolgen Sie die Debatten mit dem Liveticker unter: vaterland.li

Sollen Kleinbetriebe entlastet werden?

Traktandum 8

Um was geht es?

Elf Abgeordnete aus den Reihen der FDP, VU und der Unabhängigen wollen mit einer Motion die Regierung beauftragen, dem Landtag eine Gesetzesänderung zur Lockerung der Reviewpflicht für Kleinunternehmen zu unterbreiten. Damit sollen zumindest Kleinbetriebe mit weniger als 10 Mitarbeitern und einem Umsatz von weniger als 842 000 Franken von der Prüfungspflicht ihrer Jahresrechnung durch einen Wirtschaftsprüfer befreit werden. Das Thema ist nicht neu, sondern wurde bereits 2014 thematisiert. Die Wirtschaftskammer begrüsst den Vorstoss. Die Wirtschaftsprüfervereinigung steht ihm negativ gegenüber.

Prognose

Aufgrund der grossen Anzahl an Motionären wird das Geschäft mit entsprechenden Hinweisen an die Regierung überwiesen.

Aufwertung der Familienarbeit

Traktandum 9

Um was geht es?

Immer mehr Menschen – vor allem Frauen – kommen im **Rentenalter** in finanzielle Nöte. Ein Grund: Fehlende Beitragsjahre aufgrund der Erziehung der Kinder. Die Landtagsfraktion der VU hat deshalb ein Postulat eingereicht. Die Regierung soll prüfen, welche Möglichkeiten es für nicht oder geringfügig erwerbstätige Eltern teile gibt, um gegen die wirtschaftlichen Folgen der Invalidität, des Todes und des Alters versichert zu sein. Finanziert werden könnte eine solche Absicherung gemäss der VU-Fraktion durch eine **Mischfinanzierung** durch die **Familienausgleichskasse** und den Staat.

Prognose

Wird überwiesen. Das Thema Altersarmut und Wahlfreiheit zwischen den Familienmodellen ist topaktuell. Die Diskussionen dürften sich vor allem um die zu erwartenden Kosten drehen.

Steht die Aktuelle Stunde vor dem Aus?

Traktandum 10

Um was geht es?

Eine Besondere Landtagskommission hat sich mit der Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments befasst. Dabei gibt es eigentlich nur einen Knackpunkt: Die Aktuelle Stunde. Diese einstündige Diskussionsplattform wurde in der letzten Legislaturperiode eingeführt und war von Anfang an umstritten. Sie ist von den Parteien – wie auch in dieser Session – oft ungenutzt geblieben. Die Kommission schlägt vor, dass der Landtag künftig diese Stunde ohne Regierung abhält. Die Regierung hat erklärt, dass dieser Wunsch verfassungswidrig ist, da der Landtag die Regierung immer anhören müsse. Die Juristen sind sich darüber nicht einig.

Prognose

Alles ist möglich. Es ist auch nicht auszuschliessen, dass der Antrag gestellt wird, dieses Instrument ganz zu streichen.

Mehr Informationen für die Volksvertretung?

Traktandum 11

Um was geht es?

Vier Abgeordnete aus den Parteien DU, FDP und VU haben eine Initiative zur Stärkung des Informationsrechts des Landtags eingereicht. Sie sind mit der Informationspolitik der Regierung und der Verwaltung unzufrieden. Sie wollen deshalb ein Informationsrecht analog des Schweizer Parlaments. Die Regierung hat auch diesen Vorstoss für verfassungswidrig erklärt. Dies wurde von zwei Gutachtern bestätigt. Der juristische Gutachter der Initianten hat einen Ausweg über den Gesetzesweg aufgezeigt.

Prognose

Es wird die intensivste Debatte in dieser Session geben. Dabei wird es auch um das Vertrauen des Landtags in die Regierung gehen. Was klar ist: Es gibt in diesem Punkt juristische Lücken. Die Frage wird sein, ob der Landtag als Gesetzgeber diese schliessen will.

Schulraum bis ins Jahr 2050

Traktandum 18

Um was geht es?

Es ist das wichtigste Traktandum an dieser Landtagssitzung. Die Regierung legt dem Landtag nach jahrelangen Diskussionen eine Schulbautenstrategie vor. Damit soll der Schulraum für die Jahre 2028 bis 2050 fixiert werden. Konkret schlägt die Regierung den Bau des vor zehn Jahren beschlossenen Schulzentrums Unterland II zwischen Gamprin und Ruggell und einen Ersatzbau für einen Trakt beim Schulzentrum Mühleholz Vaduz vor. Dafür wird die Schule beim Kloster St. Elisabeth – wie ebenfalls vom Landtag vor zehn Jahren beschlossen – aufgegeben.

Prognose

Die Vorlage ist stimmig und hält die bisherigen politischen Prämissen ein. Es ist davon auszugehen, dass der Landtag grünes Licht gibt. Einzig der Zeitplan und die Provisorien dürften zu reden geben.